

(Britta Altenkamp [SPD])

(A)

Es existiert keine Wahlmöglichkeit nach dem Motto: Wir kümmern uns um diejenigen, die bereits hier sind, und die anderen kümmern sich um die, die kommen bzw. eigentlich wollen wir die gar nicht haben, weil wir mit denjenigen, die bereits hier sind, zu beschäftigt sind.

Diese Logik funktioniert nicht. Sie funktioniert nicht in Deutschland, nicht in einem Nordrhein-Westfalen, das an europäische Staaten angrenzt. Wir werden uns immer mit Menschen auseinander zu setzen haben, die in die Bundesrepublik kommen, die hier dauerhaft bleiben wollen, die hier arbeiten wollen, die sich hier integrieren wollen, die ihre Familie hier gründen wollen oder ihre Familie mitbringen wollen.

Auf diese Art und Weise kommen Sie aus dieser Klemme, in die Sie sich vor längerer Zeit selber gebracht haben - einerseits Integration zu wollen, andererseits Zuwanderung aber nicht -, nicht heraus. - Danke sehr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Altenkamp. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen daher zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3014** an den **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**, den **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie**, den **Ausschuss für Frauenpolitik**, den **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**, den **Haushalts- und Finanzausschuss** und den **Rechtsausschuss**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Empfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

8 Zweites Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - 2. EuroEG-NRW) (C)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3016

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, eine Debatte heute nicht zu führen. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3016** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das ist einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

9 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Einrichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (D)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 13/2991

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zur Einbringung durch die Landesregierung Frau Ministerin Fischer das Wort. Bitte schön, Frau Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Länder haben im Jahre 1972 das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen als eine Anstalt des öffentlichen Rechts in Mainz errichtet.

Das Institut ist die zentrale Einrichtung der Länder, die die Landesprüfungsämter bei der Durchführung der bundeseinheitlichen Prüfungen für Ärzte und Apotheker unterstützt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die schriftlichen Prüfungsauf-